

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion

Nr.: A 19/0457-01

Status: öffentlich

Datum: 05.06.2019

Antrag zum TOP "ÖPNV-Eckpunktepapier zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 144-2"

Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge	
Status Datum Ö 27.06.2019	<u>Gremium</u> Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltungsvorlage Drucksache-Nr. V 19/0396-01 wird nicht zur Abstimmung gebracht. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende der Sommerpause eine neue Konzeption zu erstellen. Sie soll dem Geist des Ratsauftrages, im Haushalt der Ruhrbahn auf mannigfachen Feldern eine Summe von sieben Millionen Euro pro anno einzusparen, deutlich besser als der vorliegende Entwurf dies tut, gerecht werden. Dazu gehören Maßnahmen auf Handlungsfeldern wie Effizienzsteigerung des Angebotes, Modernisierung, Personalhaushalt als auch Mehreinnahmen durch gezielte, wirtschaftlich nachvollziehbare Angebotsausweitungen. Etwaige Angebotskürzungen sind weiterhin Teil des Spektrums, müssen aber auch logisch (etwa durch mangelndes Fahrgastaufkommen) begründet sein.

Sachverhalt:

Der vorliegende Entwurf entspricht nicht dem Ratsauftrag, alle möglichen Handlungsfelder zum Abbau des Ruhrbahn-Defizites ins Kalkül zu ziehen. Stattdessen ist er einseitig zu Lasten der Kund*innen der Ruhrbahn auf Angebotsreduzierung ausgerichtet. Dies ist nicht im Sinn der damals antragstellenden Fraktionen. Er klammert Bereiche wie den nach Ansicht vielerlei Gutachten gerade im oberen Segment aufgeblähten Personalhaushalt vollständig aus. Betreffs innovativer Strategien zur Attraktivierung des ÖPNV wie On-Demand-Angebote oder ökologischere Antriebe herrscht Fehlanzeige. Die Umsetzung der Vorlage würde einen nicht zu rechtfertigenden Attraktivitätsrückgang des ÖPNV in unserer Stadt bedeuten.

Wie andere Fraktionen haben sich auch die von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ausführlichst unter Einvernahme von Ruhrbahn-ExpertInnen mit der betreffenden Vorlage

befasst. Sie kommen letztlich zu dem Schluss, dass "Netz 23" aufgrund seiner einseitigen Ausrichtung nicht optimierbar ist. Logische Konsequenz daraus ist eine neue Konzeption, die die Attraktivität des ÖPNV nicht dermaßen reduziert, wie es die betreffende Vorlage intendiert.

Christina Küsters

Tim Giesbert

- CDU-Fraktionsvorsitzende -

- Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen -